



Landesrechnungshof Postfach 3180 24030 Kiel

**Per E-Mail: (ggf. streichen)**

bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Vorsitzender des  
Bildungsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Martin Habersaat, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Ihr Schreiben vom  
16.11.2025

Unser Zeichen  
LRH 22

Telefon 0431 988-0  
Durchwahl 988-8960

Datum  
16.01.2026

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 20/3756

Sehr geehrter Herr Habersaat,

der Landesrechnungshof dankt für die Möglichkeit, zu dem o. g. Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung zu nehmen.

Die Ausweitung des Direkteinstiegs auf das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Gemeinschaftsschulen wird positiv bewertet: Im Rahmen der Prüfung der Unterrichtsorganisation und -versorgung an öffentlichen Gemeinschaftsschulen hat der Landesrechnungshof empfohlen, die Einstellungsmöglichkeiten von Nichtlehrkräften über die bis dato getroffenen Maßnahmen hinaus zu erweitern (siehe Bemerkungen 2024, Nr. 13).

Kritisch gesehen wird dagegen die Ausweitung der schulinternen Lehrkräftefortbildung von 2 auf 3 Tage. Grund ist der dadurch entstehende Unterrichtsausfall. Eine Regelung, dass diese Fortbildungstage zur Vermeidung des Ausfalls in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden soll, fehlt in dem Gesetzentwurf.

Das Bildungsministerium hat in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass an den Grundschulen die Verlässlichkeit sicher zu stellen ist, in dem z. B. durch Kooperation mit dem schulischen Betreuungsangebot oder mit einer benachbarten Schule Betreuungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Letztere Möglichkeit könnte bei der nunmehr ausdrücklich zulässigen Durchführung der Schulentwicklungstage mit einer oder mehreren anderen Schulen (Artikel 1 Nr. 18 des Entwurfs) im Einzelfall entfallen, da diese Schulen ihre Betreuungsmöglichkeiten bereits für ihre Schülerinnen und Schüler in Anspruch nehmen würden.

Im Übrigen bestehen gegen die vorgesehenen Änderungen der gesetzlichen Regelungen keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dr. Matthias Badenhop